

Leipzig 2010. Kommunalpolitische Leitsätze der PDS

Wie die gesamte Entwicklung in den Neuen Bundesländern ist auch Leipzigs Perspektive maßgeblich von einem anhaltenden Transformationsprozess gekennzeichnet, der Ostdeutschland langfristig in eine große Rückstandsregion mit einigen modernen Produktions- und Dienstleistungskomplexen sowie regionalen "Leuchttürmen" mit einer gewissen wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft verwandeln könnte. Weder die Bundes- noch die sächsische Landespolitik waren und sind in der Lage, vor dem Hintergrund dieser dramatischen Entwicklung die entsprechenden Inhalte und Prioritäten ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Beschäftigungspolitik auf eine Veränderung dieser unhaltbaren Situation auszurichten. Die vor allem finanzpolitisch negativen Konsequenzen für die Städte und Gemeinden in Ostdeutschland führen sogar zu einer fortschreitenden Liquidierung der Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung.

Trotz des Bemühens um einen integrativen sozial- und stadtentwicklungspolitischen Ansatz seitens der Rathauspitze findet auch in unserer Stadt derzeit eine schleichende soziale Entmischung der Stadtteile statt; zugleich werden durch die Verwaltung beständig soziale Standards abgesenkt. Die verstärkten Tendenzen der sozialen und demographischen Segregation führen dazu, dass Leipzig die sächsische Großstadt mit den schärfsten sozialen Gegensätzen, mit der absolut und relativ höchsten Arbeitslosigkeit, den meisten Empfängern von Sozialhilfe und Wohngeld und der höchsten Zahl von Suchtabhängigen ist. Damit ist zugleich ein Nährboden für besonders hohe Kriminalität sowie für Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit gegeben.

Die Bevölkerung Leipzigs reagiert auf diese Entwicklungstendenzen mit zunehmender Entfremdung von bzw. Uninformiertheit über kommunalpolitische Gegebenheiten. Eine weitgehend positive Entwicklung sehen die Leipzigerinnen und Leipziger im Zustand der Gewässer, beim Ausbau der Naherholung und bei der Luftsauberkeit. Entsprechend der außerordentlich brisanten Situation auf dem Arbeitsmarkt wird die Entwicklung beim Angebot von Arbeitsplätzen und Lehrstellen sowie bei Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen überwiegend negativ betrachtet.

Vor dem strategischen Hintergrund dieser Problemsituation fallen die fehlenden Konzepte und Impulse von SPD und CDU für eine nachhaltige und ausgewogene Stadtentwicklung, der versuchte Ausstieg aus der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der vorauseilende Gehorsam gegenüber der Landespolitik trotz eindeutiger Bevorteilung der sächsischen Landeshauptstadt gravierend ins Gewicht. Leipzig bedarf eines kommunalpolitischen Wandels, der die Substanz unserer Stadt in den Mittelpunkt stellt und der zunehmenden Festivalisierung der Stadtpolitik entgegensteuert.

Die Leipziger PDS als eine der drei großen Parteien in unserer Stadt ist gefordert, einen gewichtigen Beitrag in der Debatte um den möglichen und notwendigen Politikwechsel zu leisten. Mit dem vorliegenden Entwurf von kommunalpolitischen Leitsätzen unterbreiten wir ein Dialogangebot an andere gesellschaftliche Kräfte, mit denen wir als alternative Gestaltungspartei unserer Verantwortung für Leipzig gerecht werden wollen. Bei aller Themenbreite ist dabei festzuhalten, dass wir auch künftig die kommunale Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung, das Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit, die Förderung, von Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport, den aktiven Einsatz gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit sowie die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen werden.

Die demographische Entwicklung und ihre Konsequenzen für Leipzig

Leipzig war in den 90er Jahren die Stadtregion in Ostdeutschland mit der höchsten Suburbanisierungsdynamik. Die "Boom-Town" verlor über 100.000 Einwohner und wird trotz der

Eingemeindungen nach demographischen Prognosen auch künftig eine schrumpfende Stadt sein. Es scheint daher angezeigt, die wichtigsten Trends der Bevölkerungsentwicklung und des demographischen Umbruchs durch Alterung der Gesellschaft, Sinken der Bevölkerungszahl und Wanderungsbewegungen viel stärker in den Mittelpunkt jeglicher Konzepte zur Stadtentwicklung zu stellen. Die gravierenden Veränderungen im Bevölkerungsaufbau (Rückgang im erwerbsfähigen Alter, Abwanderung vornehmlich junger Menschen, mehr kinderlose Frauen, niedrige Geburtenrate, Ansteigen der Lebenserwartung und der Altersquote) verlangen allen Beteiligten in der Kommunalpolitik und somit auch der PDS weitaus mehr Innovationen ab, um einen Paradigmenwechsel in der Politik, ein "Management der Schrumpfung" zu erarbeiten. Dabei sind u. a. der Trend zur Haushaltsverkleinerung und die größere Heterogenität des Wohnungsmarktes zu beachten. Zu den Konsequenzen der demographischen Entwicklung und der in Leipzig zwischen 1990 und mindestens bis 2010 überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit zählen auch die wachsende Anzahl älterer Menschen mit niedrigerem Einkommen aufgrund ungünstiger Erwerbsbiographie, d. h. die Zunahme der Altersarmut. Zugleich sind Maßnahmen gegen den ansteigenden Mangel von Pflegeleistungen zu ergreifen.

Der Rückgang der jungen Bevölkerung wird neben der - in Leipzig allerdings in ihrer Größenordnung völlig überzogenen - Schließung von Kindertagesstätten und Schulen auch die Ausdünnung kommerzieller Formen der Freizeitgestaltung (Sinken der Kinodichte, Angebot an Fitnessmöglichkeiten usw.) sowie auch den Rückgang des Ausbildungs- und Schülerverkehrs zur Folge haben. Die PDS setzt sich daher für die stärkere Entfaltung von Selbsthilfe-Netzwerken und Nachbarschaftsagenturen ein.

Unter den Bedingungen zunehmender Internationalisierung treten wir für ein verbessertes Zusammenleben mit Ausländern sowohl aus sozialen, kulturellen und ökonomischen Gründen ein. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten sowie für die Sicherung und den Ausbau einer multikulturellen Vielfalt in Leipzig sind dafür zu verbessern. Dazu zählen wir den entschiedenen Kampf gegen jede Form von Rassismus und Rechtsextremismus in Leipzig.

Behutsamer Stadtumbau

Wie viele ostdeutsche Städte sieht sich auch Leipzig vor die Herausforderung gestellt, mit einem geschichtlich bisher einmaligen Angebotsüberhang auf dem Immobilienmarkt umzugehen. Die Zukunft der ostdeutschen Städte und damit deren Umbau ist allerdings keine rein wohnungswirtschaftliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der es darum geht, eine unkontrollierbare Abwärtsspirale und soziale Erosion zu verhindern sowie den Menschen in den betroffenen Kommunen eine lebenswerte Perspektive zu geben. Auch und gerade in Leipzig ist durch den zunehmenden Wohnungsleerstand in den Beständen aller Eigentumsformen die Situation der Wohnungsunternehmen, speziell die Lage der LWB, prekär. Darüber hinaus besteht bei einem aktuellen Wohnungsüberschuss von ca. 60.000 und einer Leerstandsquote von 20-25% die reale Gefahr der wirtschaftlichen und kulturellen Verödung ganzer Stadtteile (Leipziger Osten, Grünau). Aus der demographischen Situation ergibt sich die Konsequenz, die künftige Stadtentwicklung als behutsamen Stadtumbau unter besonderer Beachtung des Stadtteil- und Quartiermanagements und als Festhalten des Konzepts der kompakten europäischen Stadt (Stadt der kurzen Wege, sozial gemischte Stadt) zu gestalten. Ein Hauptziel ist dabei, allen Einwohnern der Stadt eine ihren Bedürfnissen und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit entsprechende Wohnung in einem möglichst attraktiven Wohnumfeld innerhalb der Stadtgrenzen anbieten zu können.

Das heutige Stadtbild Leipzig ist einerseits durch die wirtschaftliche und bauliche Expansion der Gründerzeit und andererseits durch die Großsiedlungen der 60-80er Jahre des 20. Jahrhunderts geprägt. Deshalb ist die Stärkung der geschlossenen gründerzeitlichen Quartiere in den Vorstädten und einstigen Vororte ebenso notwendig wie die Verbesserung des Wohnumfeldes an der städtischen Peripherie. Wenngleich der Paradigmenwechsel zu Modellen der "schrumpfenden" Stadtentwicklung begonnen hat, muss der Abbau des Wohnungsleerstandes mit Augenmaß und Vernunft betrieben werden. Die dabei notwendigen Instrumentarien (Teilrückbau, Wohnungszusammenlegung, Umnutzung, Konservierung vor

punktuellem bzw. Totalabriss) sollten klug aufeinander abgestimmt und nicht nur für Wohnungen, sondern für die gesamte Infrastruktur geeignet sein.

Durch den behutsamen Stadtumbau und die mit ihm verbundene Beseitigung von Verfallsinseln wird sich die räumliche Verteilung und Dichte der städtischen Infrastruktur stark verändern. Die abnehmende Einwohnerdichte als Folge sinkender Baudichte wird gravierende Veränderungen beim Angebot von kommunalen und privaten Dienstleistungen erzwingen (Schulen, Einkaufszentren, Kapazitäten des ÖPNV). Es besteht die Gefahr, dass in einer "perforierten" Stadt ereignisarme Gebiete mit geringem Konsumniveau entstehen. Der notwendige Stadtumbau in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten übersteigt das gegenwärtige Vorstellungsvermögen der meisten Menschen und möglicherweise auch das vieler Fachleute. Die künftige Stadtlandschaft muss aufgrund der veränderten Bedürfnisse der künftigen Generationen viel anpassungsfähiger und alltagstauglicher als heute sowie finanzierbar sein und trotzdem die urbane Lebensqualität erhalten. Wir unterstützen den Stadtumbau auf der Basis der Leipziger Agenda 21. Die in der "Erweiterten Agenda" dargelegten Grundlagen für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung und die Grundsätze für eine fachübergreifende Stadtteilentwicklung betrachtet die Leipziger PDS als konstruktive Vorschläge und wird ihren Beitrag dazu leisten, dass auf kommunaler Ebene entsprechende Schritte für ihre Umsetzung eingeleitet werden.

Arbeit und Wirtschaft

Leipzig gehörte einst zu den traditionsreichsten industriellen Standorten Deutschlands und der DDR. Davon ist wenig geblieben. Dies war einerseits Folge einer durchgreifenden Deindustrialisierung als Begleiterscheinung des seit 1990 vollzogenen Transformationsprozesses, wie er auch in anderen Teilen Ostdeutschlands stattgefunden hat. Andererseits war Leipzig davon stärker als Chemnitz, Dresden oder Zwickau betroffen, weil die Rathauspitze zunächst wenig zur Erhaltung industrieller Kerne tat, sondern die Perspektive unserer Stadt fälschlicherweise als Zentrum der Medien, des Handels, der Banken und anderer Dienstleistungen sah. Davon ist das Stadtbild geprägt - auf der einen Seite hoher Büroleerstand, auf der anderen Seite Industriebrachen. Diese vermeidbare Entwicklung führte zu überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit, die auf absehbare Zeit kaum zu überwinden sein wird. Davon betroffen ist mehr und mehr auch die Bauwirtschaft, die auf Grund einer Fehlentwicklung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre überdimensional ausgeweitet wurde. Insgesamt bestätigt sich: in einer Region ohne ausreichendes verarbeitendes Gewerbe kann sich letztlich auch der Dienstleistungssektor nur ungenügend entwickeln.

Zwar kann eine Kommune nicht in erster Linie dafür verantwortlich gemacht werden, ob es ausreichend Arbeitsplätze gibt. Aber sie kann und muss Rahmenbedingungen für den Erhalt oder die Neuansiedlung von Unternehmen schaffen. Dieser Aufgabe ist die Leipziger Stadtverwaltung nicht genügend nach gekommen, denn in der kommunalen Wirtschaftsförderung herrscht weitgehend Konzeptionslosigkeit. Finanzielle Mittel wurden vor allem für den Dienstleistungssektor eingesetzt. Zu wenig gefördert wurde der hiesige Mittelstand, der bekanntlich am ehesten Garant für Arbeitsplätze ist. So begrüßenswert beispielsweise die Ansiedlung von Automobilkonzernen ist, wird sie die Misere auf dem Arbeitsmarkt bestenfalls leicht lindern.

Auch künftig bleibt der zweite Arbeitsmarkt für Leipzig unverzichtbar. Allerdings sind aus dem Fiasko des Betriebes für Beschäftigungsförderung die richtigen Lehren zu ziehen. Teile dieses überdimensionierten Vorzeigeunternehmens hätten ausgegründet und für den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet werden müssen. Deshalb tritt die PDS dafür ein, dass Träger des zweiten Arbeitsmarktes überschaubar bleiben und die Möglichkeit im Auge behalten müssen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir setzen uns zugleich dafür ein, die Möglichkeiten städtischer Beschäftigungsförderung (Darlehen für Existenzgründer, Stiftung für Innovation und Technologietransfer, Vergabe von öffentlichen Aufträgen usw.) weitaus besser zu nutzen.

Die PDS tritt in inhaltlicher Übereinstimmung mit den Gewerkschaften für Tariflöhne ein, was auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Wirtschaftsunternehmen zu berücksichtigen ist. Billiglöhne führen weder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze noch können sie die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften in die alten Bundesländer stoppen.

Soziale Daseinsfürsorge

Kommunen obliegt die soziale Daseinsfürsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger in ganz besonderem Maße, denn sie sind der eigentliche Lebensraum der Bevölkerung, wo am unmittelbarsten Interessen und Bedürfnisse wirken sowie Konflikte entstehen und ausgetragen werden.

Seit 1989 hat sich das Leben der Menschen in unserer Stadt grundlegend gewandelt. Auf der einen Seite gibt es ein wesentlich attraktiveres Warenangebot, haben sich für viele die Wohnverhältnisse erheblich verbessert, ist die städtische Infrastruktur erheblich moderner und bewegt sich die gesundheitliche Versorgung auf wesentlich höherem technischen Standard. Auf der anderen Seite hat die soziale Spaltung der Gesellschaft ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht; die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Zwar verfügt Leipzig im Vergleich zu anderen sächsischen Großkommunen über profunde Studien und Analysen zu den Lebenslagen seiner Bevölkerung, deren Schlussfolgerungen das politische Handeln allerdings kaum beeinflussen. Gerade deshalb plädiert die PDS dafür, die analytische Tätigkeit unbedingt weiter zu führen, um sozialpolitische Entscheidungen künftig stärker auf einer soliden Kenntnisbasis treffen zu können.

Die PDS vertritt in ihrer Kommunalpolitik einen ganzheitlichen sozialpolitischen Ansatz, der alle Einwohner unserer Stadt einbezieht. Wir wollen eine Stadt, in der sich alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und beruflicher Stellung, wohl fühlen. Das schließt freilich besonderes Augenmerk für jene ein, die wie Langzeitarbeitslose, Bezieher von Sozialhilfe und Wohngeld, Obdach- und Wohnungslose, allein Erziehende, Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in überdurchschnittlich hohem Maße zu den Benachteiligten gehören. Hier geht es uns aber nicht vordergründig um die Ausreichung finanzieller und materieller Leistungen, obwohl diese überlebensnotwendig sind. Viel wichtiger ist für uns Hilfe zur Selbsthilfe, damit Betroffene in die Lage versetzt werden, ein selbst bestimmtes Leben führen zu können.

Selbst wenn gerade auf dem Gebiet gesundheitlicher und sozialer Daseinsfürsorge die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten auf Grund der gesetzlichen Vorgaben erheblich eingeschränkt sind, kann und muss unsere Stadt mehr für ihre Bürgerschaft tun und darf eine weitere Absenkung der Standards nicht zulassen. Wachsenden Sozialausgaben begegnet man nicht mit mehr Restriktion, sondern durch Rat und Hilfe und vor allem durch Existenz sichernde Arbeitsplätze. Der voraus eilende Gehorsam bei der Schließung von Schulen ist zu beenden; es muss von Leipzig endlich Druck ausgehen, um auf Änderung der sächsischen Schulgesetzgebung zu drängen. Die Abwanderung von jungen Menschen kann nur eingedämmt werden, wenn es zunächst mehr Ausbildungsplätze gibt. Älteren Menschen, die in ihrer Mehrheit gegenwärtig noch nicht zu den besonders Einkommensschwachen gehören, gebührt mehr Aufmerksamkeit und Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung. Zugleich muss die Stadt auf den bereits begonnenen demographischen Wandel vorbereitet sein, was z. B. die Wohnverhältnisse sowie die Einstellung auf einen höheren Pflegebedarf betrifft. Für Menschen mit Behinderungen gilt es die Anstrengungen zur barrierefreien Umgestaltung der Infrastruktur zu verstärken und ihnen mehr Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Leben zu geben.

Kommunale Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung - Zukunft kommunaler Daseinsfürsorge

Kommunale Selbstverwaltung, Bürgerbeteiligung und kommunale Daseinsfürsorge bilden vom Anspruch her eine Einheit. In der Praxis sind wir allerdings von diesem Grundsatz weit entfernt, nachdem es zumindest am Anfang der neunziger Jahre eine durchaus positive Aufbruchsstimmung gerade in Leipzig

gab. Die inzwischen eingetretene Entwicklung bewirkte nicht zuletzt auf Grund zunehmender finanzieller Zwänge immer größere Einschränkungen der Eigenständigkeit und kreativen Gestaltungsmöglichkeiten unserer Stadt. Zudem führten die Zentralisierung von Entscheidungsprozessen zu immer weniger für die Öffentlichkeit durchschaubaren politischen Vorgängen. Darüber hinaus tragen Korruption und Ämterfilz bei Bürgerinnen und Bürgern zu Frustration und Politikmüdigkeit bei, die sich zuletzt in einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung ausdrückten.

Die PDS tritt dafür ein, wesentlich bessere Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Das erfordert, die Leipzigerinnen und Leipziger endlich wirklich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Das kann nur gelingen, wenn Aufgaben, die jetzt in der Zentrale, dem Rathaus, konzentriert sind, in die Stadtbezirke und Ortsteile verlagert werden. Deshalb sollten die Stadtbezirksbeiräte nicht nur direkt gewählt, sondern auch mit mehr Rechten und einem eigenen Finanzetat ausgestattet werden. Bürgervereine sowie Vertretungen von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Mietern und andere Institutionen unmittelbarer Bürgerbeteiligung dürfen nicht länger mehr oder weniger nur geduldete Alibifunktion haben, sondern müssen wirklich gewollt und gefördert werden. Gleiches gilt für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Sie dürfen nicht länger als Belastung für die Verwaltung empfunden, sondern sollten grundsätzlich zu solchen Themen durchgeführt werden, die das Leben der ganzen Stadt für einen längeren Zeitraum nachhaltig beeinflussen.

Auch kommunale Daseinsfürsorge ist ein komplexer Anspruch, der zunächst die Dienstleistungsfunktion der Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern beinhaltet. Das ist aber keine Einbahnstraße, denn die Verwaltung hat zugleich die Aufgabe, zwischen den oft divergierenden Interessen der Bürgerschaft zu vermitteln. Dabei spielt die Frage, ob Einrichtungen und Dienstleistungen in Trägerschaft der Kommune vorgehalten, an Verbände und Vereine übertragen oder von Privatunternehmen betrieben werden, eine entscheidende Rolle. Die PDS vertritt die Position, dass bei einer entsprechenden Entscheidung nicht allein finanzielle Gesichtspunkte den Ausschlag geben dürfen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Privatisierungen, befürwortet sie aber nur, wenn es sich nicht um Kernbereiche der kommunalen Daseinsfürsorge handelt, wenn es nicht zu qualitativen und quantitativen Leistungseinschränkungen kommt, wenn die Rechte der Mitarbeiter gewahrt bleiben sowie keine höheren finanziellen Belastungen für die Stadt entstehen. Bei solchen Entscheidungen sind stets auch die gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte zu beachten.

Finanzsituation und Haushaltsentwicklung

Die Haushaltssituation der meisten sächsischen Kommunen ist Besorgnis erregend. Der Freistaat Sachsen saniert seinen Haushalt seit langem auf Kosten der Landkreise, Gemeinden und kreisfreien Städte. Den Kommunen werden immer mehr Leistungen aufgebürdet, ohne dass sie dafür einen entsprechenden Finanzausgleich erhalten. Daher haben die sächsischen Kommunen, einschließlich ihrer Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen, den höchsten Schuldenstand im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern. Auch in Leipzig haben die Schulden pro Einwohner stetig zugenommen. Seit 1990 ist somit eine finanzielle Erblast aufgetürmt worden, die den Handlungsspielraum der Stadt erheblich einengt und an der noch Generationen zu tragen haben werden.

Ein Ausweg aus dieser Misere scheint nicht in Sicht, zumal die gegenwärtige Stadtregierung bisher keine durchgreifenden und tragfähigen Lösungsansätze geboten hat. Die seit Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung führten bestenfalls zu kosmetischen Reparaturen, zum beschleunigten Stellenabbau und letztlich zu einer immer weiteren Einschränkung der Leistungen für Bürgerinnen und Bürger. Diese Entwicklung war allerdings nicht alleinige Schuld der Rathausspitze, sondern auf insgesamt verschlechterte Rahmenbedingungen für eigenständiges finanzpolitisches Handeln zurück zu führen. Die gegenwärtigen politischen Signale aus Berlin und Dresden lassen allerdings eine notwendige Trendwende nicht erkennen, zumal die seit langem angekündigte Gemeindefinanzreform aussteht. Auch die Novellierung des sächsischen Finanzausgleichsgesetzes ist

dringender denn je, um vor allem die unverschuldeten Mehrbedarfe, insbesondere bei Sozialausgaben, zu berücksichtigen.

Die Leipziger PDS tritt seit langem für sparsamste Verwendung der vorhandenen Mittel ein. Das bedeutet allerdings keine automatische Reduzierung der städtischen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen eine Umstrukturierung der Haushalte, obwohl dies angesichts der in den letzten Jahren eingegangenen Verpflichtungen äußerst kompliziert ist. So kann sich unsere Stadt keine weiteren Großprojekte leisten, sondern muss ihre Mittel in erster Linie für den Substanzerhalt einsetzen. Angesichts der künftigen demographischen Entwicklung braucht Leipzig keine weitere Aufblähung der bau- und verkehrlichen Infrastruktur und muss Abschied von einem veralteten Investitionsbegriff nehmen. Ausgaben für Kinder und Jugendliche, für Wissenschaft und Bildung, für Arbeitsplätze und Lehrstellen - das sind Investitionen, die Zukunft sichern. Leipzig braucht einen Neuanfang bei der mittel- und langfristigen Finanzplanung, die von mehr Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit geprägt ist. Die jährliche Neuverschuldung muss zunächst zurück gefahren und schließlich gänzlich der Vergangenheit angehören.

Leipzig als Zentrum von Wissenschaft, Kultur und Sport

Der künftige Stellenwert Leipzigs im nationalen und internationalen Vergleich wird vor dem Hintergrund der andauernden Probleme auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt von den "weichen" Standortfaktoren Kultur, Wissenschaft, Medien, Sport usw. geprägt. Das vorhandene Potenzial in diesen Bereichen ist dabei sehr unterschiedlich zu bewerten, zumal das von Leipzig vermittelte offizielle Außenbild mit den realen Gegebenheiten oftmals wenig korrespondiert. Unstrittig ist aus unserer Sicht, dass es in Zukunft einer engeren Abstimmung zwischen der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturpolitik einerseits und neuer Anforderungen an die Verbindung von Landes-, Regional- und Kommunalpolitik in diesem Bereich bedarf.

Leipzig verfügt traditionell über eine leistungsstarke Hochschul- und Forschungslandschaft, die wesentlicher Impulsgeber für die Entwicklung der Stadt und Region war und ist. Neue Forschungseinrichtungen haben sich seit Anfang der 90er Jahre vor allem in Zukunftsbranchen angesiedelt ("Media-City", "Bio-City"). Diesem Netzwerk des Wissens und seinem weiteren interdisziplinären Ausbau muss weiterhin die Aufmerksamkeit der Stadt gelten, zumal gerade in diesem Bereich die Attraktivität einer Stadt und damit die demographische Entwicklung entscheidend mitbestimmt wird. Die PDS regt außerdem an, den Leipziger Südraum in diesen Prozess stärker als bisher einzubeziehen; Leipzig braucht eine engere Verbindung zu dieser Region, die neben der neu entstehenden Freizeit- und Seenlandschaft durchaus auch über Forschungspotentiale verfügt.

Leipzig besitzt seit Jahrhunderten eine große kulturelle Vielfalt, aus der viele Zukunftschancen für unsere Stadt erwachsen. Die PDS setzt sich für den Erhalt der gewachsenen kulturellen Substanz, insbesondere der national und international bedeutsamen Kulturstädten, für die Förderung von alternativen Kulturformen und -einrichtungen und damit die ausgewogene Förderung von Basis- und Hochkultur, für ein bezahlbares Angebot, das allen sozialen Schichten den Zugang zur Kultur ermöglicht, ein. Nüchtern konstatieren wir, dass Leipzig als "Buchstadt" trotz der Buchmesse und des renommierten Deutschen Literatur-Instituts weitgehend ein Mythos ist.

Ebenfalls von vielen Widersprüchen ist die Situation des Sports in Leipzigs gekennzeichnet. Der Sport in seiner Gesamtheit als Freizeit-, Gesundheits-, Schul- und Spitzensport hat bekanntlich wichtige soziale, gesundheitliche und erzieherische Funktionen und ist daher für jede Gesellschaft unverzichtbar. Einerseits ist der Sport in Leipzig mit der Olympiabewerbung 2012, dem Bau neuer Sportstätten und durch hochkarätige Sportveranstaltungen wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Andererseits wird für den Erhalt und die Modernisierung vorhandener Sportstätten, die Verbesserung der Bedingungen des Vereinssports zu wenig getan. Die PDS tritt für ein ausgewogeneres Verhältnis

zwischen beiden Bereichen und vor allem für die bessere Förderung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Tätigkeit ein.

Leipzig versteht sich im von der Rathauspitze propagierten Selbstbild als weltoffen und aufgeschlossen, neugierig und lebendig; als Auto-, Buch-, Messe-, Musik- und Wissenschaftsstadt. Entgegen vielen Beschwörungen, dass "Leipzig kommt" und bald als "Stadt der Unternehmenden" in den Top-Ten der bundesdeutschen Großstädte mitspielen wird, verfügt unsere Stadt weder über klar definierte Leitthemen und damit über keine wirksame Vermarktungsstrategie im Wettbewerb der Städte noch über eine effiziente Kooperation aller Beteiligten. Leipzig braucht konzentriertes, gut organisiertes Stadtmarketing und kein aktionistisches Standortmarketing.